

Ministerpräsident: Das Gymnasium bleibt

Kretschmann bekennt sich zu Zwei-Säulen-Modell mit Gemeinschaftsschule

Von Stefanie Järkel

STUTTGART - Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hat sich gestern in Stuttgart deutlich für den Erhalt der Gymnasien im Land ausgesprochen: „Die Koalition hat sich klar für das Zwei-Säulen-Modell entschieden.“ Neben dem Gymnasium soll dies zukünftig die Gemeinschaftsschule sein. Hintergrund ist die Sorge unter anderem des Philologenverbandes, dass Grün-Rot das Gymnasium abschaffen will. Vergangene Woche hatten sich zudem Eltern aus Hemsbach (Rhein-Neckar-Kreis) in einem Brief an Kretschmann besorgt über den Umbau im Bildungssystem geäußert. Tenor: Grün-Rot setzt die Studierfähigkeit der Kinder aufs Spiel.

Hintergrund ist neben der Einführung der Gemeinschaftsschule die Pläne des Kultusministeriums, einen einheitlichen Bildungsplan für alle Schularten zu erarbeiten. Bisher hat jede Schulart ihren eigenen Bildungsplan. Außerdem soll Kultusstaatssekretär Frank Mentrup (SPD) kürzlich von der Möglichkeit eines Abschlussschulverbotes gesprochen haben. Bei einem solchen Verbot dürfen schwache Schüler nicht mehr an eine niedrigere Schulart abgegeben werden –

dies ist beispielsweise in Hamburg und Berlin der Fall. Die Gymnasiallehrer fürchten, dass ihre Schulart damit ebenfalls zur Gemeinschaftsschule werden könnte mit ganz unterschiedlichen Leistungsniveaus der Kinder. „Für die Aufgabe des Gymnasiums wäre ein sogenanntes Abschlussschulverbot kontraproduktiv, weil sich keine verfehlten Schullaufbahnentscheidungen mehr korrigieren ließen“, sagt Michael Burgenmeister, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordwürttemberg. Timm Kern, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag, sagt:

„Wenn das Verbot kommt, dann haben wir auch eine Gemeinschaftsschule im Gymnasium.“

Förderkurse für 90 Millionen Euro

Kretschmann erklärte gestern, dass er „nichts“ von einem Abschlussschulverbot halte. Ein solches Verbot werde seines Wissens nach derzeit auch nicht diskutiert. Hamburg hat sich 2010 dazu entschlossen, eine Abschlussschule in der Regel nicht mehr zuzulassen. Damals stellte die Stadt auch auf ein grundsätzlich zweigliedriges Schulsystem um. Allerdings entschloss sich der Senat dazu, parallel

kostenlose Nachhilfekurse für alle Schüler in allen Fächern anzubieten, in denen sie schlechter als die Note vier stehen. Dafür gibt Hamburg nach eigenen Angaben 90 Millionen Euro im Jahr aus – bei 180 000 Schülern auf staatlichen Schulen. In Baden-Württemberg sind es rund 1,1 Millionen.

Der Philologenverband hat zudem an den Gymnasien im Land eine Unterschriftenaktion für einen eigenständigen gymnasialen Bildungsplan gestartet. Mit einem einheitlichen Bildungsplan könnten die Gymnasien die Studierfähigkeit der Schüler nicht mehr gewährleisten, heißt es in einer Pressemitteilung. Das Kultusministerium will mit einem Bildungsplan ab dem Schuljahr 2015/2016 nach eigenen Angaben das individuelle Lernen an allen Schularten stärken. Innerhalb des Planes sollen allerdings unterschiedliche Niveaus ausgewiesen sein. Als problematisch gilt dabei unter anderem, dass das Gymnasium mehrheitlich in acht Jahren zum Abitur führt, die Gemeinschaftsschule allerdings in neun Jahren. Die Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Baden-Württemberg und im Bund beurteilt sowohl ein Abschlussschulverbot als auch einen einheitlichen Bildungsplan positiv. Sie will eine Schulart für alle Kinder.



Blick in eine Gymnasialklasse: Ministerpräsident Kretschmann hat nun ein Bekenntnis zum Erhalt der Gymnasien abgelegt.

FOTO: DPA